

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31302
Zellstr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Kasse: Stadthaus Dresden, Straße Blasewitz Nr. 600
Postfach-Nr.: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8 gepaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwerigen Charakteren werden mit 30% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratensätze sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf: b. verpfl. Zahlung, Kasse od. Kontof. d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollwitzer Str. 4
87. Jahrgang

107

Sonntag, den 9. Mai

1925

Um die Existenz des Reichskabinetts

Parlamentarische Verhandlungen

Es herrscht in den parlamentarischen Kreisen kein Zweifel mehr daran, daß in dem Augenblick des Amtsantritts des neuen Reichspräsidenten von Hindenburg eine möglichst klare innenpolitische Situation vorhanden sein muß. Die von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum eingeleiteten Schritte zu einer Verständigung zwischen den Mittelparteien und der Rechten haben schon jetzt zu sehr erfruchtlichen parlamentarischen Unterhandlungen geführt, die gegenwärtig völlig das Interesse der maßgebenden Führer im Reichstag beherrschen. Die Fraktionen haben natürlich zu den Erörterungen der Parteilührer noch nicht Stellung nehmen können, da man vorläufig inoffiziell und unverbindlich verhandelt.

Wie mir hören, wird ein positives Ergebnis in der nächsten Woche zu erwarten sein. Da bis dahin der neue Reichspräsident von Hindenburg mit den Parteilührern in Rücksprache treten wird, um, wie mitgeteilt wird, seinen ganzen Einfluß aufzubringen, damit dem innenpolitischen Schritt die Schärfe genommen wird. Unser parlamentarischer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, Führer verschiedener Parteien zu sprechen und sie über die künftige innenpolitische Entwicklung zu befragen. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien anhört man dabei die Auffassung, daß die besten Aussichten auf eine Wiederherstellung der innenpolitischen Atmosphäre vorhanden seien.

Weder die Mittelparteien noch die Mittelparteien hätten zur Zeit ein Interesse daran, den Kampf von neuem anzufangen zu lassen und Regie. unaufrichtig herauszubekommen, die nur unter den denkbar größten Schwierigkeiten gelöst werden könnten.

Wenn die Sozialdemokratie darauf verzichte, ihre hartnäckige Angriffe gegen das gegenwärtige Reichskabinett fortzuführen, so könnte man die Erwartung hegen, daß die parlamentarischen Arbeiten der nächsten Monate reibungslos zu Ende geführt werden können.

Aber die Regierung Luther werde es eine außerordentliche Zurückhaltung betreiben, wenn sie die innenpolitischen Verhandlungen, die sich bevorziehen, durchzuführen könne, ohne innenpolitischen Schwierigkeiten ausgesetzt zu sein.

Tatsächlich würde die Verhandlungsfähigkeit des deutschen Reichskabinetts außerordentlich gefördert werden. Im Lager des Zentrums legt man großen Wert darauf, daß irgendwelche innenpolitischen Streitfragen, insbesondere Verfassungsfragen unter keinen Umständen ausseracht werden. Wenn die Regierung Luther die bisherige Linie der inneren Politik beibehalte, so seien begründete Aussichten dafür vorhanden, daß das Zentrum seine bisherige Zurückhaltung aufhebe und an der Regierungverantwortung größeren Anteil nimmt.

Reichsminister Dr. Luther wird vor seiner neuerlichen Reise zu Generalfeldmarschall von Hindenburg noch einmal Gelegenheit nehmen, eingehende Parteiführer zu sprechen. Der Minister hofft, daß es ihm möglich sein wird, dem neuen Reichspräsidenten bestimmte Vorstellungen über die Vereinigung der innenpolitischen Situation zu unterbreiten. Da man auch in demokratischen Kreisen Meinung behält, den innenpolitischen Kampf abzubrechen, so könnte in einigen Monaten immer noch die Möglichkeit geschaffen werden, die Regierung Luther auf eine rein parlamentarische Basis zu stellen und ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Die Entwicklung hängt jedoch davon ab, inwieweit es den Bemühungen der Deutschen Volkspartei gelingen wird, eine Annäherung zwischen der Rechten und den Mittelparteien herbeizuführen.

Die Räumung der Kölner Zone

Die Journal und Echo de Paris gestern vortritt, wendet sich Tempo gestern gegen die Absicht der englischen Regierung, für die Räumung der Kölner Zone ein bestimmtes Datum festzusetzen. Man würde, so schreibt Tempo, einen schweren Fehler begehen, wenn man jetzt einen bestimmten Zeitpunkt für die Räumung der Kölner Zone festsetzen würde, unter dem Vorwande, daß ernstliche politische Gründe vorhanden seien, diese Räumung zu gleicher Zeit mit der des Ruhrgebiets, die für den 15. August vorgesehen sei, vorzunehmen, wenn Deutschland loyal den Damesplan ausführt. Die Kölner Frage könne in gerechter Weise erst am dem Tage gelöst werden, an dem die Kontrollkommission festgestellt habe, daß Deutschland effektiv gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages einwilligend sei. Von Deutschland selbst hängt es also ab, ob die Besetzung der ersten Zone aufgegeben werden könne, oder aufrechterhalten werden müsse. Die Alliierten könnten über die strenge Beachtung der Vertragsbestimmungen und der Tatsache schwerlich mit sich reden lassen, ohne auf wesentliche Garantien zu verzichten, die ihnen der Versailler Vertrag gegeben habe. Der Geisteszustand, der jenseits des Rheins nach der Wahl Hindenburgs bestehe, sei nicht dazu geeignet, einen Beweis von Entgegenkommen zu geben, indem sie ihre Sicherheit der Illusion einer spontanen Wiederherstellung mit dem Feind von gestern opfern, der sich nicht moralisch abgerichtet habe.

Braun bleibt preußischer Ministerpräsident

Der deutschnationale Mißtrauensantrag abgelehnt

Haus und Tribünen des preussischen Landtags sind stark besetzt. Der Präsident bedeckt zunächst das schwere Eisenbahnunglück im polnischen Korridor. Das Haus ehrt das Andenken der Verunglückten durch Erheben von den Plätzen. Präsident Bartels teilt dann mit, daß der Reichspräsident die Verlegung der Sitzung auf 5 Uhr vorschlägt.

Abg. Pöck (Komm.) widerspricht der Verlegung. Man solle endlich den Landtag auflösen. Wenn es in den letzten Monaten nicht gelungen sei, eine Lösung zu finden, so werde es in den vier Stunden auch nicht möglich sein. Redner fordert unter Würdigung der Heiterkeit der übrigen Parteien zum Kampfe gegen das Hindenburg-Zentrum auf.

Abg. v. d. Osten (D.-N.) erklärt sich ebenfalls gegen die Verlegung. Das einzige Mittel sei jetzt der Appell an das Volk.

Die Verlegung wird dann bis 5 Uhr mit großer Mehrheit beschlossen.

Nach Wiederanfrage der Sitzung wurden bei der Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum 478 Stimmen abgegeben. Einmal hat sich niemand, anzüglich in keine Stimme. Es stimmten 216 dafür, 222 dagegen. Der Antrag auf Entlassung des Vertrauens ist also abgelehnt. (Lebhafte Beifall links. Gegenfunktionsbann rechts.)

Vor der Abstimmung legte Abg. Pöck (Komm.) Verwahrung dagegen ein, daß der Präsident es abgelehnt habe, eine Erklärung der kommunistischen Fraktion vor der Vornahme der Abstimmung zuzulassen. Die kommunistische Fraktion habe unzulässig behauptet, die Erklärung abzugeben, dem Kabinett durch Stimmhaltung die Existenz zu ermöglichen, wenn es sich verpflichte, bestimmte Forderungen des Proletariats zur Abwehr der monarchistischen Gefahr zu erfüllen. Jetzt habe sich die Stellung der Fraktion geändert. Er möchte diese Veränderung in einer neuen Erklärung dem Hause mitteilen.

Präsident Bartels erwiderte, daß er die Erklärung nicht zugelassen habe, da sie eine Wiederannahme der abgelehnten Forderungen bedeuten solle. Er überlasse die Entscheidung dem Hause.

Der Antrag der Kommunisten wurde darauf gegen die Antragsteller abgelehnt, nur Abg. Wulle von den Deutschvölkischen hatte sich bei der Abstimmung außer den Kommunisten noch erhoben. (Große Heiterkeit.)

Das Abstimmungsverhältnis

Ueber das Ergebnis der Abstimmung im preussischen Landtag für das Kabinett Braun teilt die „Zeit“ mit, daß auf der Seite der Opposition die Deutschnationalen vollständig waren. Bei der Wirtschaftlichen Vereinigung fehlten 2, bei der Deutschen Volkspartei 5, bei den Kommunisten 2 Abgeordnete. Auf der Seite der Weimarer Koalition fehlten 1 Sozialdemokrat, der infolge Erkrankung vor der Abstimmung den Saal verließ, sowie die beiden Zentrumsabgeordneten v. Vagen und Gammann, die ausstehend fehlten. Während einer von den fünf fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei sich wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt hatte, hängt das Fehlen der vier anderen Abgeordneten, wie das Blatt vertritt, mit der gestern geschaffenen politischen Situation zusammen. Da die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft bereits sehr weit gediehen war, glaubten sich unter diesen Umständen die vier Abgeordneten durch Stimmhaltung verpflichtet. Wie das Blatt betont, handelt es sich hier nur um eine taktische Haltung. Die vollparteiliche Fraktion besteht ferner auf ihrer bisherigen Haltung, wonach eine Regierungsbildung mit Einfluß der Deutschnationalen angestrebt werden müsse.

Die Haltung der D.V.P.

Zur Frage der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen scheint nicht beabsichtigt zu sein, daß Ministerpräsident Braun zuerst von sich aus neue Vorschläge macht. Der Standpunkt des Ministerpräsidenten scheint vielmehr der zu sein, daß die Fraktionen selber die Initiative ergreifen und mit neuen Vorschlägen an ihn herantreten. Die Deutsche Volkspartei hat sich in ihrer Fraktionsführung im Landtag dahin ausgesprochen, daß der Weg der Bildung eines Kabinetts der großen Volksgemeinschaft weiter zu verfolgen sei. Eine Neubildung der großen Koalition in Preußen komme für sie nicht in Frage. Es sei auch unrichtig, daß bei den Verhandlungen Marx als Ministerpräsident vorgeschlagen worden sei. Die Frage, ob die Deutsche Volkspartei mit einem Parlamentarier am Kabinett beteiligt werden solle oder mit einem Beamten, sei durchaus noch in der Schwebe.

Zurückgezogene Schiffskontrollposten

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, werden gemäß der zwischen der deutschen Regierung und der interalliierten Weimarer-Kommission getroffenen Abmachung, die seit 1918 und 1919 in Karlsruhe, Weimarer, Mannheim und Mühlau-Plätzen stationierten französischen Schiffskontrollposten ab 9. Mai 1925 zurückgezogen. Am heutigen Sonntagvormittag wird der Abtransport dieser Posten nach Ludwigshafen erfolgen.

Die politische Krise in Oesterreich

Der wegen der bekannten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien von Mittwoch auf Freitag verschobenen Bänderkonferenz blieben die Großdeutschen fern. Die Konferenz erledigte die strittigen Punkte des Regierungsprogramms, worauf sie sich vertagte. Nachmittags fand eine Besprechung von Vertretern der Regierungsparteien beim Bundeskanzler statt, an der auch Dr. Seipel teilnahm.

Die marokkanische Wetterecke

Ueber Marokko, dem nordafrikanischen Wetterwinkel, ist ein Gewitter entstanden, von dem man noch nicht recht weiß, ob es ernsthaftes Kriegsgewitter ist oder ob die Entladung sich mehr oder weniger im Theaterdonner bemerkbar machen wird. Die aus Marokko vorliegenden Nachrichten lassen einen klaren Ueberblick über die dort entstandene Lage noch nicht zu. Die mangelhafte Nachrichtenübermittlung ist einmal zurückzuführen auf die besonderen Verhältnisse des Landes, sie kann aber auch ihren Grund haben in gewissen französischen Abhängen, die darauf hinausgehen, einen künstlichen Nebel über die Vorgänge in Marokko zu breiten. Eins scheint indessen sicher zu sein: Blut ist schon geflossen, und zwar haben bei den Kämpfen, die sich zwischen den Riffablen unter Führung Abdel Krims und den Franzosen entwickelt haben, die französischen Leuten Blatopfer bringen müssen. Das französische Kabinett hat sich nach der Pariser Meldung bereits angelegentlich mit der Lage befaßt. Die Meldung, daß Marokko nach Marokko geschickt werden sollte, um dort etwa den Oberbefehl zu übernehmen, klingt nicht sehr wahrscheinlich, vor allem deshalb nicht, weil der Marokkaner Kauten seit Jahren ein so guter Kenner der marokkanischen Verhältnisse ist, daß es schon deshalb nicht angängig und nicht zweckmäßig wäre, wenn ihm jetzt etwa der Marokkaner Foch vor die Nase gesetzt würde.

Die englischen und die französischen Diplomaten haben sich die afrikanische Aufteilung vor 1914 und nach 1918 verhältnismäßig einfach gemacht. Den Franzosen wurde der Norden Afrikas zugestanden, während England vor allem freie Hand in Ägypten forderte. Die englischen Interessen in Marokko gehen, soweit sie rein politischen Charakter haben, lediglich darauf hinaus, daß auf der europäischen Seite der Vorkriegsstellung Gibraltar die Vormachtstellung gesichert bleibt. Bei der französisch-spanischen Auseinandersetzung über Marokko hat es Frankreich verstanden, die Spanier immer mehr in den Hintergrund zu drängen. Das zeigte sich schon beim Abkommen von 1912. Dieses Abkommen hatte zur Folge, daß die Internationalisierung von Tanger eine rein papierne Angelegenheit blieb, während Frankreich die tatsächliche Macht auch in Tanger und Umgebung ausübte. Das Statut von 1924 hat zwar den Spaniern einige Vorteile wirtschaftlicher Art gebracht, es hat aber an den politischen Zuständen kaum etwas ändern können.

Der ewige Marokko-Krieg ist für die Spanier in den letzten Jahren eine stets heftiger blutende Wunde gewesen. Man kann gegen den Diktator Primo de Rivera sonst sagen was man will, eins kann man ihm nicht abstreiten: er hat sich um die Liquidation des spanischen Feldzuges in Marokko für sein Land große Verdienste erworben. Sein ganzes Bestreben ging darauf hin, im spanischen Protektorsgebiet nur das zu halten, was wirklich zu halten war. Wenn damals die Riffablen den Spaniern so schwere Niederlagen beibringen konnten, so vor allem deshalb, weil sie ihre Waffen den französischen Waffenhändlern verdankten, die ihr Gewerbe in aller Öffentlichkeit trieben, ohne durch französische Regierungsstellen irgendwie daran gehindert zu werden. Als sich dann die Spanier zu dem Rückzug entschließen mußten, fielen den Riffablen auch noch große Bestände spanischer Kriegsmaterials in die Hände. Darunter befinden sich moderne Waffen und, wie jetzt mitgeteilt wird,

chen
u. 10
die
230
sa.
Ben-
haltiger
Eigene
ämter
Meyer.
wert
ca. 4.00
3.50
20 an
u. 20
8.00
an
einen.
1111
1.00
1.25
3.50
2.90
2.75
2.90
75 an
Unter!
er
22
ne
a
tung
n!
illig!
0.95
0.95
0.95
0.95
0.95
0.55
1.25
1.20
2.25
0.55
3.95
3.75
9.00
5.25
fu
ungen
auser-
ungen
Waren-
Welle-
n, ferner
den und
den Se-
ber.
i. Stad-
Dresden.